

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft – Präsenzunterricht auch in Pandemiezeiten: Bildungskatastrophe abwenden und das drohende Fiasko einer „Generation Lockdown“ verhindern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, auch unabhängig von der Linie der KMK, folgende Maßnahmen zur Wahrung des Rechts auf Bildung unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie umzusetzen:

- 1.) Die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nehmen umgehend und inzidenzunabhängig für alle Schüler aller Jahrgangsstufen den Präsenzunterricht wieder auf (Stufe 3 des KMK-Beschlusses vom 4. Januar 2021). Den Schulen ist eine Vorbereitungszeit zu gewähren, die nicht länger als eine Woche dauert.
- 2.) Der oberste Grundsatz der Pandemiebekämpfung ist die Konzentration auf Risikogruppen.
- 3.) Schnelltests auf Infektionen mit SARS-CoV-2 sollen bedarfsorientiert an Schulen vorgehalten werden.
- 4.) Identifizierte Lernrückstände der Schüler müssen aufgeholt werden. Dafür sind Förderprogramme am Nachmittag und Ferien- und Samstagsangebote bereitzustellen, jeweils unter Einbindung privater Träger.
- 5.) Auf dem Wegesystem in der Schule (Flure und Treppenhaus) ist eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen. Schüler der Primarstufe sollen vom Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung ausgenommen werden.
- 6.) Die Klassenzimmer sind regelmäßig zu lüften. Wo dies nicht möglich ist, sind Luftfiltersysteme einzusetzen. Der Senat beschleunigt die Auslieferung der Luftfiltergeräte und erstattet zur Ausstattung der Schulen mit Luftfiltersystemen Bericht.

- 7.) Die Angebote der Kindertagesbetreuung und Hortbetreuung bleiben bestehen. Eltern werden jedoch ersucht, ihre Kinder, sofern möglich, zuhause zu betreuen. Betreuung durch Personen, die zur Risikogruppe gehören, ist dabei auszuschließen.
- 8.) Die Rahmenbedingungen für ein eigenverantwortliches Handeln von Schulleitungen und Lehrern müssen rechtlich abgesichert und transparent gemacht werden.

Begründung

Präsenzunterricht unabdingbar, Distanzunterricht gescheitert

Eltern zeigten sich sehr skeptisch, dass der Distanzunterricht gelingen wird. Diese Befürchtungen haben sich bestätigt. Bei der Plattform ›Lernraum Berlin‹ gab es bereits im Jahr 2020 ständig Schwierigkeiten, zum Schulstart im neuen Jahr gab es einen Totalausfall.

Der ›Lernraum Berlin‹ ist ein Zeugnis für die verzerrte Selbstwahrnehmung der Senatsverwaltung. Während die Senatsverwaltung verlautbarte und versicherte, der ›Lernraum Berlin‹ funktioniere, mussten Schüler und Eltern ganz andere Erfahrungen machen. Nachdem das Versagen allzu offensichtlich wurde, mimt man im Senat den geprellten Kunden. „Wir hatten unsere Dienstleister beauftragt“, erklärte ein Sprecher der Bildungsverwaltung, „die Rechenleistungen so hochzufahren, dass die steigenden Nutzerzahlen aufgefangen werden können“. Der Senat verkennt dabei, dass eine verbesserte Hardware nicht zum Erfolg führen kann, wenn das Problem bei der Software liegt. Das Ziel, „eine sichere Lastenverteilung für bis zu 120.000 Nutzer des Lernraums abzusichern“, ist mit der verwendeten Software von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der ›Lernraum Berlin‹ basiert auf der frei verfügbaren Software ›Moodle‹. Diese ist zwar günstig und leistet im kleinen Rahmen gute Dienste, im größeren Rahmen führt sie jedoch unweigerlich zu Problemen.¹

Die Plattform ›Lernraum Berlin‹ ist nicht im gewünschten Umfang funktionsfähig. Dies bekräftigt, wie wichtig es ist, zum Präsenzunterricht zurückzukehren. Der Präsenzunterricht muss erhalten bleiben, insbesondere für die Abschlussklassen. Das Wechsel- und Teilungsmodell ist keine gleichwertige Alternative. Insbesondere Grundschüler machen im Distanzunterricht wenige oder gar keine Fortschritte, wie eine Studie zeigt.²

Die Ansteckungsgefahr kann durch das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen und Lüften deutlich reduziert werden. Kann die Luft zirkulieren, sinkt das Infektionsrisiko. Ein Luftstrom treibt Aerosole auseinander, die für Corona-Infektionen mitverantwortlich sind.

KMK-Beschluss ist Etikettenschwindel

Die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz und brandenburgische Bildungsministerin Britta Ernst betonte in ihrer Kommentierung des „KMK-Beschlusses zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs“ vom 4. Januar 2021 „die große pädagogische Bedeutung des Präsenzunterrichts“. Die Kultusminister bestätigten in diesem Beschluss, dass eine Aussetzung der „Präsenzpflicht bzw. der Distanzunterricht in den Schulen über einen längeren Zeitraum [...] nicht ohne negative Folgen für die Bildungsbiographien und die soziale Teilhabe der Kinder und Jugendlichen“ bleibt.³ Nichtsdestoweniger bleibt der

¹ Wolfgang Hebold: [Lernsoftware ›Lernraum Berlin‹ - Ein Beispiel links-grünen Versagens](#), freiewelt.net, 5. Januar 2021, abgerufen am 5. Januar 2021.

² Roland Lindenblatt: [Die Schulausfälle werden Billionen Euro kosten](#), capital.de, Dezember 2020, abgerufen am 5. Januar 2021.

³ [KMK-Beschluss zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs](#), 4. Januar 2021, abgerufen am 5. Januar 2021.

„KMK-Beschluss zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs“ ein Etikettenschwindel, denn die für die Kinder notwendigen Konsequenzen zog die KMK aus den genannten Erkenntnissen nicht. Die Konsequenz aber kann nur die sofortige Öffnung der Schulen und Rückkehr zum Präsenzunterricht sein.⁴

Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft

Die Frage, wie mit Kitas und Schulen umzugehen ist, kann nicht rein nach Infektionsschutzgesichtspunkten entschieden werden. Kinder verdienen den Schutz der Gemeinschaft und dürfen nicht als Lastenträger der Gesellschaft missbraucht werden. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie darf nicht auf dem Rücken der Schüler ausgegtragen werden. Es ist nicht Aufgabe der Kinder, die Erwachsenen zu schützen.

Unter den Empfehlungen der Wissenschaftler wurden den Stimmen der Kinderärzte zu wenig Gehör geschenkt. Professor Dr. Hans-Iko Huppertz, Generalsekretär der *Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e. V.* (DAKJ), erklärte bereits im August 2020, die Schulöffnung sei notwendig und ohne Alternative. Die Öffnung der Schulen müsse vollzogen werden, um das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung zu garantieren. Huppertz pointierte seine Forderung: „Die Öffnung – und das Offenhalten – von Schulen und Kindergärten ist ein Kinderrecht!“⁵

Rolle der Kinder im Infektionsgeschehen

Es gibt international und auch aus einigen Bundesländern Studien zum Infektionsgeschehen an Schulen und Kindertagesstätten.⁶ Allgemein anerkannt ist die Erkenntnis, dass der Krankheitsverlauf bei Kindern milder ist und sie weniger Symptome zeigen. Dies verdeutlicht: Die Schließung von Schulen und Kitas dient nicht dem Schutz der Kinder, sondern der Eindämmung der Pandemie auf Kosten der Kinder. Belastbare Studien, dass Schulen stille Hotspots der Corona-Pandemie seien, gibt es indes nicht. Schulen und Kitas sind keine Treiber der Pandemie. Nichtsdestoweniger haftet Kindern von Anbeginn der Corona-Pandemie der Ruf der „Virenschleuder“ an, womit sie zu Sündenböcken der Ausbreitung des Virus abgestempelt wurden.

Untersuchungen weisen darauf hin, das jüngere Kinder weniger ansteckend sind. In Studien, in denen Kontaktpersonen von infektiösen Personen untersucht wurden, zeigte sich bei Kindern im Vergleich zu Erwachsenen eine geringere Empfänglichkeit. Kinder im Kindergartenalter sind nach Erkenntnis des RKI noch weniger empfänglich für eine Infektion mit SARS-CoV-2 als Kinder im Schulalter.⁷

Corona-Neuinfektionen in Berlin

Bei Neuinfektionen handelt es sich um Laborbefunde, die erheblich von Testaktivitäten und -verfahren abhängig sind, die sich häufig ändern. Maßnahmen von einer Zahl abhängig zu machen, die die Schwere der Situation undifferenziert abbildet, wird von Expertenseite als höchst problematisch bewertet.⁸ Die Corona-Neuinfektionen in Berlin sind seit dem 23.12.2020 deutlich und anhaltend rückläufig.⁹ Spekulative Überlegungen über einen Anstieg von Infektionszahlen sind nicht geeignet, das Recht auf Bildung zu beschneiden.

Humanitäre Kosten der Corona-Maßnahmen

Zu einer Gesamtstrategie gegen COVID-19 muss es auch gehören, über die humanitären Kosten der verhängten Maßnahmen zu sprechen. Es reicht nicht aus, sich durch die Expertise von Virologen leiten zu lassen. Bei allen Entscheidungen müssen auch die Nebenwirkungen abgewogen werden und die Ver-

⁴ Vgl. zur Begründung auch: Drs. [18/2635-1](#), abgerufen am 5. Januar 2021.

⁵ DAKJ-Presseinformation: [Schulen öffnen – und offenhalten: Wissenschaftliche Empfehlungen für den Schulalltag während der Corona-Pandemie](#), 5. August 2020, abgerufen am 5. Januar 2021.

⁶ [FAQ: Sind Kinder tatsächlich Corona-Treiber?](#), br.de, 4. November 2020, abgerufen am 5. Januar 2021.

⁷ Robert-Koch-Institut: [Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19, Stand: 11.12.2020](#), abgerufen am 5. Januar 2021.

⁸ Katherine Rydlink: [Kritik am neuen Infektionsschutzgesetz. Die fragwürdige Macht des Inzidenzwerts](#), spiegel.de, 11. November 2020, abgerufen am 5. Januar 2021.

⁹ Haluka Maier-Borst/Jenny Gebcke/Arne Schlüter: [Das sind die aktuellen Fallzahlen in Berlin und Brandenburg](#), rbb24, 4. Januar 2021, abgerufen am 5. Januar 2021.

hältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Das Deutsche Netzwerk Evidenzbasierte Medizin e. V. (EbM) konstatiert dazu: Es gibt „noch sehr wenig belastbare Evidenz [...] zur Effektivität der derzeit ergriffenen Maßnahmen, aber es ist nicht auszuschließen, dass die trotz weitgehend fehlender Evidenz ergriffenen Maßnahmen inzwischen größeren Schaden anrichten könnten als das Virus selbst“¹⁰. Dies trifft besonders auf die Bildungseinrichtungen zu.

Die Schulschließungen haben zu einem massiven Rückgang der Lernleistungen sowie zur Verschärfung sozialer Ungleichheit geführt. Lernen ist ein aufeinander aufbauender Prozess, Stillstand beim Lernen bedeutet Rückschritt. In Folge der Schulschließungen wird nicht nur weniger neues Wissen erworben, sondern bereits erlangte Fähigkeiten gehen wieder verloren.

Die bildungsökonomischen Folgen der Schließungen sind gravierend. Das *ifo Institut* errechnete: Verliert ein Schüler nur ein Drittel eines Schuljahres, so geht dies über das gesamte Berufsleben gerechnet mit rund 3–4 % geringerem Erwerbseinkommen einher.

Planungssicherheit und Mut zum Schutz unserer Kinder

Bildungssenatorin Scheeres äußerte, sie rechne nicht mit Präsenzunterricht vor dem 18. Januar. Der Regierende Bürgermeister Müller erklärte, er gehe von Verlängerung des Lockdowns und damit verbundenen Schulschließungen bis zum 31. Januar aus. Dies zeigt: Nicht nur die Informationspolitik des Bildungssenats und der Kultusministerien ist miserabel. Es fehlt an verlässlichen Planungen, auf die sich die Schulen und Bezirke einstellen könnten. Statt Bekundungen, wie sehr man sich doch Präsenzunterricht wünsche, wäre seitens der Bildungssenatorin ein entschiedenes Handeln gegen die Schulschließungen angebracht.

Dank an die Lehrerschaft

Der gemeinsame Appell der *Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e. V.* und des *Deutschen Lehrerverbandes (DL)*¹¹ gegen die Schulschließungen ist insofern zu begrüßen, als dieser einen gewissen Perspektivwechsel des Lehrerverbandes zeigt. Der Deutsche Lehrerverband und die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)* hatten sich wiederholt für Schulschließungen ausgesprochen, die Folgen für die Kinder blieben dabei zu wenig berücksichtigt. Dass in den Positionierungen der Lehrerverbände zur Corona-Krise „nur noch die gesundheitlichen Bedenken [der Lehrer] eine Rolle spielen und die Sorge um die Schüler und deren Bildungsbiographien nicht einmal einer Erwähnung wert zu sein“¹² schienen, war beschämend und richtete einen Imageschaden an. Die Lehrerverbände ließen die Lehrkräfte als eine Berufsgruppe erscheinen, die „ein großes Lamento anstellt und die versucht, sich ihrer beruflichen Pflicht zu entziehen“¹³. Dabei wird ausgeblendet, dass es viele Erzieher und Lehrer gibt, die auch unter Pandemiebedingungen mit großem Pflichtbewusstsein ihrer Arbeit nachgehen. Diesen Lehrern gilt unser Dank und unser Respekt.

Berlin, den 5. Januar 2021

Pazderski Hansel Kerker Mohr Tabor Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

¹⁰ Deutsches Netzwerk Evidenzbasierte Medizin e. V.: [Stellungnahme vom 8. September 2020](#), abgerufen am 5. Januar 2021.

¹¹ [Gemeinsamer Appell von Kinder- und Jugendärzten und Lehrkräften](#), 2. Januar 2021, abgerufen am 5. Januar 2021.

¹² Heike Schmoll: [Weltfremde Lehrer](#), FAZ, 9. Juni 2020, abgerufen am 5. Januar 2021.

¹³ Claus Koch: [Das Kind als Virenschleuder – das Versagen unseres Bildungssystems und seiner Funktionäre – Ein Zwischenruf von Claus Koch](#), 19. Juni 2020, abgerufen am 5. Januar 2021. Claus Koch geht mit der Lehrerlobby hart ins Gericht und verfasste eine regelrechte Philippika.